

Greenpeace warnt: Legalisierung von Schwarzbauten gefährdet Oberösterreichs Natur!

Greenpeace warnt vor den Folgen der möglichen Legalisierung von Schwarzbauten in Oberösterreich und deren Auswirkungen auf Umwelt und Lebensqualität.



Oberösterreich, Österreich - Am 16. Mai 2025 warnt Greenpeace vor den weitreichenden Folgen eines aktuellen Rechtsgutachtens über illegale Schwarzbauten in Oberösterreich. Laut der Organisation beleuchtet das Gutachten Möglichkeiten zur nachträglichen Legalisierung solcher Bauten, die bereits in der Region ein großes Problem darstellen. Insbesondere wird befürchtet, dass diese Entwicklungen zu einer Ausweitung von Bauland führen könnten, was nicht nur negative Auswirkungen auf die Umwelt, sondern auch auf das Klima und die Lebensqualität der Bevölkerung haben könnte. ÖVP-Landesrat Achleitner wird deshalb aufgefordert, Maßnahmen

gegen den bereits hohen Bodenverbrauch in Oberösterreich zu ergreifen. Melanie Ebner, Bodenschutzexpertin bei Greenpeace, äußert in diesem Zusammenhang ihre Bedenken, dass die Legalisierung von Schwarzbauten als Vorwand für die strategische Expansionspolitik gekennzeichnet sein könnte.

Die Problematik des Bodenverbrauchs in Oberösterreich ist nicht neu. Ein Bericht des Landesrechnungshofs aus dem Mai 2023 identifizierte 100 Verdachtsfälle von Schwarzbauten in 77 Gemeinden. Der Rechnungshof empfahl, diese Verdachtsfälle systematisch aufzuarbeiten und künftig präventive Maßnahmen zu ergreifen. Trotz der Warnungen öffnete die Landesregierung im Dezember 2024 mit einer Gesetzesnovelle die Tür für zusätzliche Baulandwidmungen.

Die Gefahren des Schwarzbaus

Schwarzbau bezeichnet die illegale Errichtung oder bauliche Änderungen ohne die erforderliche Baugenehmigung, was rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Dazu gehören Rückbauverfügungen zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands und Geldbußen, die bis zu 50.000 Euro betragen können, wobei sie bei Wiederholung deutlich höher ausfallen können. Laut einer Analyse zeigen die aktuellen Entwicklungen im Immobilienmarkt Anzeichen der Entspannung, wobei Bauherren und Hauskäufer aktiver werden. Dennoch stehen Materialkosten und ein Mangel an Handwerkern hinter der Zunahme von Schwarzbauten, die oftmals einfacher und kostengünstiger erscheinen als der Bau nach gesetzlichen Vorgaben.

Beispiele für Schwarzbau sind unter anderem umgebaute Terrassen zu Wintergärten, Wohnungen in Garagen oder ausgebaute Dachböden. Kritiker warnen, dass unrechtmäßige Umbauten den Immobilienwert mindern können und Käufer im Vorfeld prüfen sollten, ob Zubauten ordnungsgemäß genehmigt wurden. Die Tatsache, dass Bestandsschutz für nicht genehmigte Bauten nicht gilt, verstärkt die rechtlichen Risiken

für betroffene Eigentümer.

Bodenverbrauch und Raumnutzung in Oberösterreich

Die Diskussion um den Bodenverbrauch ist besonders relevant, da Oberösterreich in den letzten Jahren einen hohen Zuwachs an Bevölkerung verzeichnen konnte. Am 1. April lebten über 9 Millionen Menschen in Österreich, und Prognosen gehen davon aus, dass diese Zahl bis 2050 weiter steigen könnte. Mit dem Wandel der Bevölkerungszahlen verbinden sich Herausforderungen im Bereich Wohnraum und Infrastruktur. Aktuell entstehen zahlreiche Bauprojekte, die Hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen, doch diese bewegen sich oft auf Kosten der verfügbaren Flächen.

Flächenwidmungspläne, die vom Gemeinderat beschlossen und von der Landesregierung genehmigt werden müssen, brauchen eine sachliche Begründung gemäß den Raumordnungsgesetzen. Das Interesse an der Legalisierung von Schwarzbauten könnte nicht nur zu neuen Bauvorhaben führen, sondern auch bestehende Planungen auf den Prüfstand stellen. Fachleute wie Sachverständige und Architekten sind hierbei gefragt, um den nötigen Rahmen für eine verantwortungsvolle Raumnutzung zu schaffen.

In dieser Debatte sind auch die Themen Naturschutz, Biodiversität und der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen von Bedeutung. Sowohl der Bedarf an Wohnraum als auch der Schutz der Umwelt stehen in einem Spannungsverhältnis, das eine transparente und gerechte Lösung erfordert.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ursache	Bodenverbrauch
Ort	Oberösterreich, Österreich

Details	
Quellen	• www.ots.at • www.kriminalberatung.de • kommunal.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at